



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
15. Dezember 2016

Protokoll Nr. 3

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 27. Oktober 2016, 15.00–17.20 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Katharina Hubacher

Präsenz:
Anwesend sind 45–47 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
Laura Kopp den ganzen Tag, Daniel Furrer ab
16.50 Uhr, Nico van der Heiden ab 17.15 Uhr

Der **Stadtrat** ist vollzählig erschienen.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Sicherheit im Rathaus: Orientierung, Begehung	3
2. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
3. Postulat 314, Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Februar 2016: Faire Arbeitsbedingungen für das Personal in Kindertagesstätten	4
4. Interpellation 319, Max Bühler, Theres Vinatzer und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Februar 2016: Armut in Luzern	6
5. Interpellation 332, Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 23. März 2016: Was unternimmt der Stadtrat gegen die Abwanderung von Unternehmen?	9

6.	Interpellation 329, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 11. März 2016: Ladenöffnungszeiten – Klare Regeln, klare Kontrolle	17
7.	Interpellation 340, Simon Roth und Esther Burri namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. April 2016: Investiert die städtische Pensionskasse in Rüstungsgüter?	18
8.	Postulat 334, Simon Roth, Theres Vinatzer und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. März 2016: Einführung Mietpreis-Strukturerhebung	18
9.	Postulat 331, András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. März 2016: Seebadi am linken Ufer	18
10.	Interpellation 343, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 26. April 2016: Vor- und Nachteile diverser Parameter bei Baurechtsverträgen	20
–	Dringliche Interpellation 10, Simon Roth und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: Auswirkungen des kantonalen „Konsolidierungsprogramms“ auf die Finanzen und Leistungen der Stadt Luzern	24

Eingänge

1. Einladung zur 3. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 27. Oktober 2016
2. Einladung zur 4. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 10. November 2016
3. Einladung 2 Geschäftsprüfungskommission vom 20. Oktober 2016
4. Einladung 3 Geschäftsprüfungskommission vom 3. November 2016
5. Einladung 3 Geschäftsprüfungskommission vom 3. November 2016. Zeitplan
6. Einladung 2 Baukommission vom 20. Oktober 2016
7. Einladung 3 Baukommission vom 3. November 2016
8. Einladung 2 Bildungskommission vom 20. Oktober 2016
9. Einladung 2 Sozialkommission vom 20. Oktober 2016
10. Einladung 3 Sozialkommission vom 3. November 2016
11. Einladung 2 Geschäftsleitung vom 10. November 2016

12. Protokoll 1 Geschäftsleitung vom 29. September 2016
13. Bericht und Antrag 19/2016 vom 21. September 2016: „Gesamtplanung 2017–2021“
14. Bericht und Antrag 21/2016 vom 21. September 2016: „Voranschlag 2017“
15. Bericht 22/2016 vom 21. September 2016: „Sicherheit in Luzern. Sicherheitsbericht 2016“
16. Bericht und Antrag 23/2016 vom 21. September 2016: „Reglement über die Kommunikation bei städtischen Volksabstimmungen“
17. Bericht und Antrag 24/2016 vom 28. September 2016: „Unterhalt Museggmauer und Museggtürme. Leistungsvereinbarung ab 2017“
18. Postulat 9, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 27. September 2016: „Quai: Velos gestattet“
19. Dringliche Interpellation 10, Simon Roth und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: „Auswirkungen des kantonalen ‚Konsolidierungsprogramms‘ auf die Finanzen und Leistungen der Stadt Luzern“
20. Postulat 11, Claudio Soldati, Cyrill Studer Korevaar und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: „Dank Offenlegung der Vormiete weniger Wohnungsnot und fairere Mietverhältnisse“
21. Motion 12, Sonja Döbeli Stirnemann und René Peter namens der FDP-Fraktion, Peter With und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, Laura Kopp und Jules Gut namens der GLP-Fraktion und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion vom 30. September 2016: „Revision des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes“
22. Motion 13, Marcel Lingg und Peter With namens der SVP-Fraktion und Laura Grüter Bachmann und Fabian Reinhard namens der FDP-Fraktion vom 5. Oktober 2016: „Entwicklungsmöglichkeiten für Lucerne Festival und LSO aufzeigen“
23. Interpellation 14, Nico van der Heiden und Yannick Gauch namens der SP/JUSO-Fraktion und Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 13. Oktober 2016: „Finanzierung des Magazins ‚Stadtsicht‘ durch den ALL-Fonds“
24. Antwort auf die Interpellation 343, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 26. April 2016: „Vor- und Nachteile diverser Parameter bei Baurechtsverträgen“

Beratung der Traktanden

1. Sicherheit im Rathaus: Orientierung, Begehung

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Die heutige Ratssitzung beginnt mit einer Orientierung über das richtige Verhalten in einem Notfall. Die Sprechende übergibt das Wort Herrn Sacha Müller, Chef der Berufsfeuerwehr.

Sacha Müller informiert über das richtige Verhalten in Notfällen (z. B. Brand oder medizinisches Problem). Wichtig:

- Jeder Alarm ist ein echter Alarm!
- Ruhe bewahren und das Gebäude über die beiden Notausgänge (Haupteingang und Am-Rhyn-Haus) verlassen. Die „Siebensachen“ im Ratsaal lassen; durch die Anwesenheit der Polizei ist gewährleistet, dass niemand von aussen in den Saal eindringen und allenfalls etwas entwenden kann.
- Der Sammelplatz befindet sich Unter der Egg, vor dem Restaurant Schiff.
- In einem medizinischen Notfall (Herz-Kreislauf-System) den Defibrillator (oben bei den Toiletten) holen. Das Gerät ist selbsterklärend und sehr einfach zu bedienen; man kann nichts falsch machen! Einzig falsch wäre es, untätig zu bleiben, denn pro Minute sinkt die Überlebenschance um 10 %! Wird Herzkammerflimmern registriert, gibt der Defibrillator die nötigen Anweisungen(über Audio).

Die Ratsmitglieder begeben sich über den Notausgang Am-Rhyn-Haus ins Freie.

2. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Katharina Hubacher findet es wichtig, dass man einmal pro Legislatur den Weg über den Notausgang geht.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Deckblatt) und überbringt Grüsse aus Potsdam, einer der Partnerstädte von Luzern.

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit bei folgendem Vorstoss nicht:

Dringliche Interpellation 10, Simon Roth und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: „**Auswirkungen des kantonalen ‚Konsolidierungsprogramms‘ auf die Finanzen und Leistungen der Stadt Luzern**“

Der Grosse Stadtrat erklärt die Interpellation 10 für dringlich. Das Geschäft wird am Schluss der Sitzung behandelt.

3. **Postulat 314**, Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Februar 2016: **Faire Arbeitsbedingungen für das Personal in Kindertagesstätten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Noëlle Bucher ist einverstanden mit der teilweisen Entgegennahme. In den vergangenen Jahren ging es im Grossen Stadtrat beim Thema Kita vor allem um die Frage, ob es in der Stadt Luzern genügend Kita-Plätze gibt. Mittlerweise gibt es genug Kita-Plätze, den Betreuungsgutscheinen sei Dank. Neben der Quantität stellt sich für die Sprechende im Zusammenhang mit Kitas aber immer mehr auch die Frage nach der Qualität. Niemand will sein Kind in

eine Kita geben, wo es zwar Platz hat, aber die Qualität schlecht ist. Die Qualität in Kitas umfasst verschiedene Faktoren, u. a. die Räumlichkeiten und die Ausstattung einer Kita, die Beziehung zwischen den Betreuerinnen und den Kindern, die Elternbeteiligung und vor allem das Personal und dessen Qualifikation. Und hier knüpft das Postulat an, das faire Arbeitsbedingungen fordert. Mit der teilweisen Entgegennahme ist die G/JG-Fraktion einverstanden. Sie ist zwar der Meinung, dass die Stadt Luzern, insbesondere über die Ausrichtung der Betreuungsgutscheine, viel stärker auf die Kitas Einfluss nehmen könnte, als der Stadtrat das in seiner Stellungnahme zum Postulat schreibt. Die Fraktion begrüsst aber, dass die Stadt Luzern bereit ist, Punkte aus dem Musterarbeitsvertrag genauer zu prüfen. Es gibt immer noch Kitas, in denen das Betreuungspersonal bereits um halb sieben in der Kita anwesend ist und alles vorbereitet, aber erst um sieben Uhr, wenn die Kita öffnet, offiziell anfängt zu arbeiten. Und immer noch kommt es vor, dass sich Kita-Mitarbeitende nicht adäquat weiterbilden können, weil bei einer Abwesenheit der geforderte Betreuungsschlüssel nicht mehr erfüllt wird. Die G/JG-Fraktion erwartet gespannt das revidierte Reglement familienergänzende Kinderbetreuung und Förderangebote und hofft, dass das Reglement gute Qualitätskriterien formulieren und Qualitätskriterien in den Themenfeldern Management, Rahmenbedingungen, Personalführung und Arbeitsbedingungen enthalten wird. Zudem wünscht sich die Fraktion, dass die Stadt Luzern aktiv Massnahmen ergreift, um der hohen Personalfluktuationsrate entgegenzuwirken.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion findet die Antwort des Stadtrates sehr gut. Kitas sind als selbstständige Unternehmen sehr gefordert, und ohne den obersten Grundsatz des Kindeswohls wäre der Erfolg einer Kita nicht gewährleistet. Die hohe Fluktuationsrate aber auf schlechte personelle Bedingungen zurückzuführen, findet die FDP-Fraktion ein bisschen zu einfach. So weiss die Sprechende aus Erfahrung im Pflegebereich mit einem Frauenanteil von rund 75 %, dass man in diesem Bereich mit einem längerfristigen, fixen Team einfach nicht rechnen kann. Kitas haben noch grössere Herausforderungen und deshalb wahrscheinlich noch die höhere Fluktuationsrate. Der Frauenanteil beträgt je nach Kita bis zu 100 %. Der Anspruch der Eltern, an den nötigen Betreuungstagen möglichst die gleiche Betreuungsperson zu haben, ist absolut legitim und weit verbreitet. Hochprozentige Betreuungspersonen werden somit den niederprozentigen vorgezogen – ein Wiedereinstieg nach der Mutterschaftspause wird somit schwieriger. Ein Wiedereinstieg ist z. T. aber gar nicht mehr erwünscht, denn Mütter sind bekanntlich 7 mal 24 Stunden Mami und möchten daneben vielleicht etwas anderes machen als auf Kinder aufpassen. Andere wiederum möchten wirklich bewusst zu Hause bleiben, was ebenfalls legitim ist – gemäss einer Studie, an deren Präsentation die Sprechende gestern war, ist das immer noch etwa ein Viertel aller Frauen mit 0- bis 6-jährigen Kindern. In Bezug auf Praktikanten wird auch immer angeprangert, diese seien ja nur für ein bis zwei Jahre dort – immerhin sind sie ein oder zwei Jahre dort, hochmotiviert und kinderliebend. Und aus unternehmerischer Sicht ist es sicher auch noch günstig. Es ist bestimmt nicht einfach, allen Erwartungen gerecht zu werden und eine Kita auch noch unternehmerisch zu führen. Die Kita-Leitungen müssen möglichst hohe unternehmerische Freiheit haben. Auf die vorhandenen Musterarbeitsverträge hinweisen: ja. Verbesserungen nach Möglichkeit anstreben: ja. Aber sicher nicht mit einer Verpflichtung und sogar noch unter Einbezug der Betreuungsgutscheine. Das fände die FDP-Fraktion nicht gut. Sie stimmt, wie schon angekündigt, der teilweisen Überweisung zu.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Der Stadtrat erwähnt, dass sich die Kitas immer mehr auf dem Markt behaupten müssen. Der grösste Kostenfaktor bei Kitas sind natürlich die Personalkosten; dort kann man am einfachsten sparen und tut dies leider sehr oft auch. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen natürlich nicht gut. Die Leistung muss aber erbracht werden. Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass die Stadt Luzern gegenüber diesem Personal eine Verpflichtung hat, ihren Einfluss wahrzunehmen, um gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Über die Ausrichtung der Betreuungsgutscheine besteht eine sehr direkte Handhabe. Das ist das, was die SP/JUSO-Fraktion vom Stadtrat erwartet. Sie hat ja auch schon ein Postulat gemacht zur Situation der Praktikanten und Praktikantinnen. Dies sieht die SP/JUSO-Fraktion nach wie vor anders als die FDP-Fraktion. Es ist systemfremd, dass man Leute, die eine Lehre machen, zuerst Praktika absolvieren lässt – das entspricht nicht dem in der Schweiz üblichen Bildungsweg. Es ist ein Versagen der öffentlichen Hand, wenn sie es nicht schafft, ihre Aufgabe mit ordentlichen Arbeitskräften zu erledigen und stattdessen Jugendliche zwei Jahre zu einem Taschengeld arbeiten lässt.

Im Voranschlag wird darauf hingewiesen, dass es einen zunehmenden Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter 18 Monaten gebe. Das steht ein bisschen im Widerspruch zur Stellungnahme zu diesem Postulat.

Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden und hofft, dass der Stadtrat jetzt, wie er angetönt hat, eigene Qualitätskriterien erarbeitet und nicht mehr einfach jene des VLG übernimmt. Darin wird er hoffentlich auch Qualitätskriterien zu den Arbeitsbedingungen integrieren.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 314 teilweise.

4. Interpellation 319, Max Bühler, Theres Vinatzer und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Februar 2016: Armut in Luzern

Judith Dörflinger Muff verlangt Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Judith Dörflinger Muff: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen. Die Thematik ist sehr komplex, umso mehr sind es die dazugehörigen Definitionen – und wie der Stadtrat sagt, sind sie zu allem Übel auch noch nicht einheitlich. Im einleitenden Text erklärt der Stadtrat verständlich die unterschiedlichen Begriffe, sodass es auch für diejenigen, die nicht so viel damit zu tun haben, nachvollziehbar wird. Die konkrete Beantwortung der gestellten Fragen hat die Sprechende dann aber doch etwas enttäuscht. „Es liegen keine Daten vor, um die Frage zu beantworten“ heisst es – oder man bezieht sich auf Daten und Zahlen des Bundes und des Kantons Luzern. Schlussendlich hatte die SP/JUSO-Fraktion nach der Lektüre der Antworten mehr Fragen als zuvor:

Frage 1: Weshalb ist es nicht möglich, die absolute Armutsquote vor Transfer der staatlichen Unterstützung zu erheben, wenn der Kanton Luzern die analogen Zahlen verfügbar hat?

Frage 2: Was bedeutet die Aussage, „ob die Abklärungen auch für die Stadt gemacht werden können, ist noch offen“? Möchte der Stadtrat dies oder nicht?

Frage 4: Eine statistische Auswertung zur Wohnversorgung liegt für die Stadt Luzern nicht vor. Möchte man das jetzt ändern oder nicht?

Aber so richtig interessant wird es bei Frage 6: Der Stadtrat zählt die vorhandenen Angebote und Dienstleistungen auf, die einen präventiven Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Die Herausforderung bestehe in seinen Augen darin, diese zu erhalten und besser bekannt zu machen. Gibt es denn Ideen, wie die Angebote der Stadt Luzern der breiten Öffentlichkeit besser bekannt und zugänglich gemacht werden können? Wie sehen diese aus? Der Stadtrat zitiert die Städteinitiative Sozialpolitik als überregionales Organ zur Bekämpfung der Armut. In einem Papier dieser Städteinitiative steht als Ziel im Bereich der Stärkung der Sozialhilfe: „Aktive Mitgestaltung der Debatte rund um Position und Wirkung der Sozialhilfe mit sachlichen Argumenten und fundierten Kennzahlen“. Wo sieht sich die Stadt Luzern als Mitglied der Städteinitiative diesbezüglich? Sind konkrete Massnahmen geplant, um die Anzahl verfügbarer Kennzahlen zu erhöhen? Ganz grundsätzlich fehlt der SP/JUSO-Fraktion in dieser Frage der Blick nach vorne. Welche Ziele verfolgt der Stadtrat in Bezug auf Erkennung, Vermeidung und Linderung von Armut? Wo sieht er konkreten Handlungsbedarf?

Die SP/JUSO-Fraktion wird das Thema weiterverfolgen und in geeignetem Rahmen weiterführende Fragen und/oder Forderungen stellen.

Das ist für **Agnes Keller-Bucher** eine sehr interessante Interpellation. Es stellt sich die Frage, wie man Armut definiert, und das wird in dieser Antwort geliefert. Es gibt verschiedene Ansätze, und es macht einen Unterschied, aus welchem Blickwinkel man Armut betrachtet. Ein absoluter Ansatz, von welchem die Sprechende immer ausging, ist aus ihrer Sicht jedenfalls härter als ein relativer Ansatz, der einen Vergleich mit der Bevölkerung macht und eine Form von Ungleichheit darstellt. Und wenn man dann noch von der Quote der materiellen Entbehrung liest, ist sich die Sprechende nicht mehr sicher, ob man dann noch von Armut sprechen kann. Denn Kategorien, wie z. B. eine Woche Ferien von zu Hause weg finanzieren können, keine Zahlungsrückstände haben, jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch essen können oder im Besitz eines Farbfernsehers oder gar eines Autos sein, sind für die Sprechende nicht wirkliche Faktoren zur Bestimmung von Armut. In diesem Fall würden viele Mitbürger dazu zählen. Welche Personen wirklich armutsgefährdet sind, ist nachzuvollziehen: Es sind jene, die eine geringe Schulbildung haben oder Alleinstehende, ob Frauen mit Kindern oder Personen über 65 Jahre. Sie haben in der Gesellschaft immer einen schweren Stand. Die Stadt Luzern bietet schon sehr viele Angebote und Dienstleistungen an, um die meisten aufzufangen. Leider gibt es aber immer noch sehr viele Personen, die sich die wirkliche Armut nicht eingestehen, sich nicht helfen lassen wollen und dann irgendwie versuchen, über die Runden zu kommen. Es wird eine Herausforderung sein, wirklich jenen zu helfen, die es auch brauchen.

Marco Müller ergänzt, was die beiden Vorrednerinnen gesagt haben: Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es absolut wünschenswert, dass die Stadt Luzern mittelfristig über eine bessere Datenlage verfügt, damit eine saubere Analyse möglich ist, und die entsprechenden Massnahmen abgeleitet werden können.

Unter 6. ist u. a. der Beitrag erwähnt, den die Stadt Luzern an die KulturLegi zahlt. Dieser Beitrag ist nicht nur zur Armutsbekämpfung sehr wichtig, sondern auch zur sozialen Integra-

tion von Leuten, die von Armut betroffen sind.

Der Bericht zeigt auch auf, dass die Wohnversorgung für Armutsbetroffene ein sehr prekäres Thema ist. Das unterstreicht die Wichtigkeit der Förderung von bezahlbarem und gemeinnützigem Wohnraum in der Stadt Luzern. Es ist wichtig, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und vielleicht noch ein paar Zacken zuzulegen.

Die G/JG-Fraktion unterstützt auch die Massnahmen, die im Moment schon am Laufen sind. Ebenfalls würde die Fraktion es begrüssen, wenn die Stadt Luzern sich noch etwas proaktiver einsetzen würde für eine bessere Datenlage und auch für neue, innovative Projekte im Sozialbereich, Letzteres ist ein Stück weit ja auch eine Tradition der Stadt Luzern. Es gibt z. B. mit dem Wohncoaching bereits bestehende Angebote, die hervorragend sind. Die Fraktion wünscht sich sehr, dass die Stadt Luzern weiterhin alles unternimmt, um die Armut zu bekämpfen, damit die Leute besser integriert sind, und dadurch auch die Beiträge für die Sozialhilfekosten gesenkt werden können.

Stefan Sägesser: Auch die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort, mit der sie grossmehrheitlich einverstanden ist. Die Antwort zeigt vor allem auch auf, dass die Definition von Armut nicht ganz einfach ist – das kennt man vom Armutsalmanach, den die Caritas jedes Jahr herausgibt, und der immer wieder für Schlagzeilen sorgt, indem er aufzeigt, wie viele Menschen gemäss Definition der Caritas tatsächlich unter oder nahe der Armutsgrenze leben. Es zeigt sich aber auch, dass noch Datenmaterial fehlt. Die GLP-Fraktion findet es gut, wenn die Daten erfasst werden, sie muss aber auch sagen, dass das Angebot der Stadt Luzern in diesem Bereich gross ist, wie man der Antwort 6 entnehmen kann. Es gibt allerdings einen ganz brutalen Faktor, nämlich jenen, dass zu viele Leute mit zu kleinen Einkommen in zu teuren Wohnungen leben. Die Stadt Zürich hat bereits Gas gegeben beim Erfassen. Es geht aber in beide Richtungen: Es braucht nicht nur günstigen, gemeinnützigen Wohnraum, den die Stadt Luzern ja fördert, sondern man müsste sich auch überlegen, ob die Stadt nicht auch Kategorien einführen sollte, damit die Wohnung ab einem bestimmten Einkommen gewechselt wird, denn bekanntermassen leben auch viele Leute mit guten Einkommen in zu günstigen Wohnungen. Da spielt der Wohnmarkt nicht wirklich. Es stellt sich die Frage, wie die Stadt Luzern in diesem Bereich intervenieren soll – das dürfte heikel sein. Auf der anderen Seite stellt die Stadt Luzern ja Liegenschaften zur Verfügung, damit Leute, die wirklich existenziell von Not betroffen sind, günstiger zu Wohnungen kommen. Diesen B+A hat der Grosse Stadtrat nach der Erinnerung des Sprechenden letztes Jahr für gut befunden und verabschiedet. In diesem Sinn ist die GLP-Fraktion gespannt. Allenfalls bieten sich über das G-Net Möglichkeiten, zu schauen, was es für Wohnungen gibt, die wirklich in Frage kommen, um Leute zusätzlich zu unterstützen. Sonst findet die Fraktion, die Stadt Luzern ist auf gutem Weg, und dankt nochmal für die Antwort.

Sozialdirektor Martin Merki: Die Stadt Luzern macht keinen Armutsbericht wie der Kanton, weshalb wir bestimmte Zahlen haben und andere nicht. Die wichtigste Kennzahl ist die Sozialhilfequote, die bei 3,5 % liegt – 1 % tiefer als in der Stadt St. Gallen und 1,8 % tiefer als in der Stadt Zürich. Es bestehen auch Angaben darüber, wo die Menschen, die Sozialhilfe beziehen, leben, also in welchen Quartieren. Für einzelne Gruppen kann man es aber nicht sagen, das ist richtig. Es gibt kleine Projekte, die interessant sind. Marco Müller hat das Wohncoaching erwähnt. Es gibt auch Arbeitsintegrationsprogramme bei der Stadt Luzern (Fit und

ReFit), mit denen sehr gute Erfahrungen gemacht werden. Sonst finden die Arbeitsintegrationsprogramme in Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern statt.

Ein wichtiger Punkt, der jetzt nicht erwähnt wurde, ist auch die Sozial Info REX als niederschwellige Anlaufstelle, die alles aus einer Hand anbietet, nämlich Beratung und erste Begleitung, damit die Leute schnell zu den Informationen kommen, die sie brauchen oder auch schnell erfahren, was sie zur Verfügung stellen müssen, damit es weitergeht.

In den letzten Jahren wurden ein paar zusätzliche Wohnangebote für Menschen mit Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt geschaffen. Es konnten glücklicherweise auch Notwohnungen übernommen werden; in der Stadt Luzern sind es neu drei Notwohnungen (früher war es eine). Das ist eine grosse Hilfe. GSW ist noch im Aufbau; sie hat die städtischen Wohnungen übernommen und bietet eine Möglichkeit, dass Menschen, die innerhalb der Mietzinsrichtlinien der Sozialhilfe eine Wohnung oder ein Zimmer finden müssen, ein Dach über dem Kopf haben.

Somit ist die Interpellation 319 erledigt.

**5. Interpellation 332, Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann
namens der FDP-Fraktion vom 23. März 2016:
Was unternimmt der Stadtrat gegen die Abwanderung von Unternehmen?**

Sonja Döbeli Stirnemann verlangt Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Sonja Döbeli Stirnemann wurde im Vorfeld der Behandlung eines Vorstosses noch nie von so vielen Fraktionen angefragt, ob sie Diskussion verlangen werde. Es ist offenbar ein grosses Bedürfnis, sich über die Wirtschaftspolitik der Stadt Luzern auszulassen. Die Sprechende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, wobei jetzt selbstverständlich noch ein paar neue Fragen aufgekomen sind.

Zu Frage 1 (Standortattraktivität Innenstadt): Hat der Prozess einen Endtermin? Zur Erinnerung: Die Mall of Switzerland wird im Herbst 2017 eröffnet. Es wäre also gut, wenn der Prozess vor Herbst 2017 einen Abschluss finden würde. Auch bezüglich Parkplatzkonzept wäre es schön zu wissen, ob dieses einen Endtermin hat, oder wann der Grosse Stadtrat darüber sprechen kann.

Frage 2: Es ist sehr erfreulich, dass die Stadt Luzern ein Arbeitsplatzwachstum verzeichnen kann. Gefühlt war das wirklich nicht so; man nimmt halt eher die negativen Zeichen wahr, und all die kleinen positiven Zeichen werden medial nicht so stark ausgebreitet. Die Zahlen zeigen aber tatsächlich ein Wachstum auf. Die Antwort bezieht sich noch auf die 2013er-Zahlen, welche die Sprechende ein bisschen alt dünkten, in der Zwischenzeit liegen bei LUST-AT aber auch die 2014er-Zahlen vor. Auch da gab es ein Wachstum von 1,6 %.

Die in der Antwort als besonders positiv erwähnte Entwicklung bei den Freiberuflichen und bei der Wissenschaft sieht angesichts der 2014er-Zahlen bereits wieder ganz anders aus: -11,7 %. In diesen Sektoren gibt es nur wenige Erwerbstätige, und so kleine Zahlen schlagen halt aus, wenn sich etwas verändert. Deshalb hat sich die Sprechende mal auf die relevanten

Branchen in der Stadt Luzern konzentriert: Mit Abstand die grösste Branche mit den meisten Stellen (8'000) ist das Gesundheitswesen, wobei die Stadt Luzern mit zwei Spitälern und ein paar Altersheimen, die in den nächsten Jahren auch nicht umziehen werden, wahrscheinlich einfach Glück hat. Rang zwei belegt das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Fachhochschulen, Universität, Schulen). Hier besteht ein gewisses Abwanderungsrisiko – so ist z. B. die Kunsti nach Emmen umgezogen. Erst an dritter Stelle folgt der Detailhandel mit 4'500 Stellen und somit die erste effektive Wertschöpfungsbranche (die anderen sind ja eher Verwaltungsbranchen). Auch wenn man das Wachstum betrachtet: Zwischen 2013 und 2014 war dieses in der Stadt St. Gallen stärker als in der Stadt Luzern. Es ist zwar schön, dass die Stadt Luzern gewachsen ist, im Vergleich mit anderen Städten ist sie aber schwächer gewachsen. Auffallend ist auch, dass die Stadt Luzern im Vergleich mit anderen Zentrumsstädten weniger Arbeitsplätze im Verhältnis zur Wohnbevölkerung hat. D. h., Luzern ist eine Schlafstadt; die meisten gehen offenbar nach Zürich, Zug, Bern oder anderswo arbeiten. Städte wie St. Gallen, Zürich oder Basel haben deutlich mehr Arbeitsplätze pro Einwohner. Da stellt sich die Frage, ob man das in den nächsten Jahren mit der Wohnoffensive so weitertreiben will, oder ob man vielleicht auch einmal das Arbeitsplatzmanko angehen möchte.

Zu Frage 3: Den Wegzug von EF kann die Sprechende nachvollziehen, da hatte die Stadt Luzern einfach die schlechteren Karten. Der Wegzug von Mobility ist hingegen ärgerlich, vor allem deshalb, weil man mit der Industriestrasse ja eine Lösung gehabt hätte, die sich dann aber auflöste. Ein modernes Sharing-Economy-Unternehmen mit grosser Ausstrahlung hätte in der Stadt Luzern sein können. Die Sprechende weiss nicht, ob die Initianten der Industriestrasse das wussten. Sie möchte nicht als schlechte Verliererin dastehen, aber es ärgert sie trotzdem.

Zu Frage 5: Bei den Quadratmeterzahlen von ewl fällt der hohe Eigenbedarf auf. Von 62'000 m² Nutzfläche bleiben noch 8'800 m² für vermarktbare Dienstleistungsflächen übrig. Das ewl-Areal befindet sich an einer strategisch hervorragenden Lage – müssen dort wirklich so viele städtische Dienstabteilungen untergebracht werden? Bei der Entwicklung von Tribischen sagte man auch, der Werkhof müsse nicht mehr an einer strategisch guten Lage sein, also wurde dieser an eine B-Lage verschoben. Es fragt sich, ob man vielleicht ein paar Dienstabteilungen der Stadt Luzern an B-Lagen verschieben und die strategisch guten Lagen zur Weiterentwicklung der Stadt benutzen könnte. Dies auch mit dem Argument, mehr Arbeitsplätze in der Stadt Luzern zu haben.

Christian Hochstrasser dankt für die Interpellation. Es ist sehr interessant, diese Auseinandersetzung zu führen. Die G/JG-Fraktion hat sich ein paar Gedanken dazu gemacht, und der Sprechende wirft grundsätzlich drei Fragen auf, die in der Antwort wie auch in der Interpellation zur Geltung kommen.

1. Was ist die Wirkung der Wirtschaftsförderung in diesem Zusammenhang? Darauf zielen ja auch die Massnahmen des Wirtschaftsberichts.
2. Was ist die Wirkung von Ansiedelungen oder des Versuchs, Firmen hierzubehalten?
3. Was ist die Wirkung des Wirtschaftsberichts selbst? Hier kann man die Antwort kurz halten: Die meisten Unternehmungen sind nicht zwingend davon abhängig, was im Wirtschaftsbericht steht.

Zu 1.: Sonja Döbeli Stirnemann erwähnte die zusätzlichen Arbeitsplätze, die entstanden sind. Der Sprechende ist sehr froh, dass das zur Kenntnis genommen wurde. Es kommt ihm ein biss-

chen vor wie bei den Parkplätzen. Bei den Arbeitsplätzen dachte man auch immer, es nehme ab, es sei hier ganz schlimm, und dann stellte man fest, dass dem gar nicht so ist. Bei den Parkplätzen tönt es sehr ähnlich: Alle haben das Gefühl, es nehme ab, aber das stimmt nicht. Man sieht hier, in welchen Bereichen Arbeitsplätze gewonnen wurden. Wenn man das anschaut und mit den Ideen der Wirtschaftsförderung vergleicht, hat man das Gefühl, dass die Wirtschaftsförderung selber wahrscheinlich nicht der massgebende Treiber dieser zusätzlichen Arbeitsplätze ist.

Unter 2. muss man schon langsam fragen: Ist es so entscheidend, ob eine Unternehmung in der Stadt Luzern, in der Agglo oder schlimmstenfalls sogar in Rotkreuz ist? Die Steuereinnahmen von den juristischen Personen sind in der Zwischenzeit massiv gesunken. Entscheidend für die Rechnung sind eigentlich immer mehr die natürlichen Personen. Der Grund dafür sind natürlich auch die sehr tiefen Unternehmenssteuern. Wenn die Unternehmungen in der Agglomeration oder in Rotkreuz sind, die Angestellten aber in der Stadt Luzern wohnen, ist das für die Stadt nicht per se ein Problem. Wichtig ist, dass es genug Arbeitsplätze in der ganzen Region gibt, und darunter darf es sicher auch wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze haben. Der Steilpass daraus heraus wäre, dass man eigentlich stärker mit den anderen Gemeinden zusammenarbeiten müsste, damit die Unternehmen in der Region bleiben. Aber auf welcher Seite der Gemeindegrenzen sie stehen, das käme erst in einem zweiten Schritt.

Die G/JG-Fraktion zieht eine Schlussfolgerung, die vielleicht nicht ganz neu ist: Man sollte eigentlich aufhören mit der Idee der Firmenansiedelung, denn die Firmen, die man ansiedelt, sind jene, die auch wieder gehen können. Vielmehr gilt es, einen guten Nährboden zu schaffen für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, die von innen kommt. Es braucht Unternehmen, die untrennbar mit der Region verbunden sind und eben nicht gehen können. Wenn grössere Unternehmen, wie u. a. EF, gehen wollen, hat die Stadt Luzern keine Möglichkeiten zu intervenieren. Das ist scheinbar einfach so und zeigt sich auch in anderen Städten. Das beste Beispiel ist, wie gesagt, EF. EF heisst übrigens „Education First“ – dieses Credo müsste man sich ab und zu etwas mehr zu Herzen nehmen, so gerade in der aktuellen Finanzdebatte. Es ist völlig naiv zu meinen, wenn man die grösseren, die sogenannten „wichtigen“ Unternehmen öfter besuche und dort die Klinke putze, würden diese hierbleiben. Jene Unternehmen, die wirtschaftlich denken und Standorte vergleichen, weil sie wachsen oder vielleicht einen anderen Markt bearbeiten wollen, werden nicht von einer guten Beziehung zur Wirtschaftsförderung abhängig sein.

Bei der letzten Frage, unter anderem zu den Grundstücken, stellt sich für die G/JG-Fraktion auch noch die Frage des ewl-Areals: Wenn die Fraktion es richtig versteht, möchte die heutige Grundstückseigentümerin ewl das Areal im Baurecht abgeben, und ein renditeorientierter Investor würde es dann planen und bebauen. Die Feuerwehr müsste dem Investor und ewl dann eine Rendite garantieren. Wenn das wirklich so ist, stellt die G/JG-Fraktion die Frage, ob das sinnvoll ist; ob man das so machen kann, dass die Stadt Luzern indirekt den anderen Playern – dem privaten Investor und der städtischen ewl – Rendite zahlt, um das Areal für die Feuerwehr nutzen zu dürfen. Vielleicht kann der Stadtrat noch klären, ob diese Einschätzung wirklich stimmt.

Bei den Gesundheitsberufen hat Sonja Döbeli Stirnemann wahrscheinlich die grossen Versicherungen vergessen [Sonja Döbeli Stirnemann wendet ein, diese seien einzeln berücksichtigt worden]. Trotzdem: Die Ansicht, der Detailhandel sei die einzige oder die richtige Wirtschaft, die Wertschöpfung erzeugt, ist wirtschaftlich falsch. Wertschöpfung erzeugen heisst: Wo wird

das Geld nachher wieder umgesetzt, wo entsteht Mehrwert? Es ist nicht zentral, ob das im Detailhandel ist, auch in Spitälern oder Heimen kann Wertschöpfung entstehen.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die interessante Beantwortung der Fragen. Gewisse Standortentscheide von Unternehmen geben der Fraktion auch zu denken. Dazu gehören nicht nur die Wegzüge von EF oder Mobility, sondern auch Umzüge wie jener der GFK von Hergiswil – leider nicht nach Luzern, sondern weiter – nach Rotkreuz.

Die von der FDP-Fraktion mit der Interpellation angestrebte Ursachenforschung ist deshalb auch aus Sicht der GLP-Fraktion interessant und wichtig. Wie wir alle wissen, ist das aber nicht ganz einfach. Die Antworten auf die Fragen der Interpellantinnen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Einige der erwähnten Aspekte schätzt die GLP-Fraktion aber anders ein, z. B. dass die Stadt Luzern eine Schlafstadt sein soll – immerhin beträgt die Quote 0,98 %, d. h., es gibt fast gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Und wie die FDP-Fraktion auf die skurrile Einschätzung kommt, dass St. Gallen, wo der Sprechende selber drei Jahre gewohnt hat, weniger eine Schlafstadt sein soll als die Kulturhochburg Luzern, verwundert schon ein bisschen.

Bringt eine Attraktivierung der Innenstadt tatsächlich Vorteile für den Detailhandel gegenüber dem Onlinehandel oder gegenüber Einkaufszentren? Aus Sicht der GLP-Fraktion nicht unbedingt. Auch eine attraktive Innenstadt kann die Bequemlichkeit, die das Onlineshopping mit sich bringt, nicht ersetzen. Nicht zu vergessen, dass das ganz andere Zielgruppen sind. Die Gesellschaft verändert sich halt einfach, und diese Entwicklung lässt sich nicht mit irgendwelchen Massnahmen rückgängig machen.

Die grösste Herausforderung für die Stadt Luzern ist aber die Arealentwicklung. Es scheint, dass die Stadt es in Zusammenarbeit mit dem Kanton in der Vergangenheit mehrfach verpasst hat, sich in dieser Hinsicht für die Zukunft richtig aufzustellen. Heute wollen grosse, gewichtige Unternehmen – was offiziell ja immer noch das Ziel der Wirtschaftsförderung ist – Standorte wie ein Surstoffi-Areal in Rotkreuz. Das ist ein Ort mit einem Branding, einem positiven Image – ein Ort mit einem Namen. Derartige Standorte sind attraktiv und bringen den Unternehmen auch Imagevorteile. Bei der Standortwahl geht es eben nicht nur um Steuervorteile: Eine gute Erreichbarkeit mit MIV und ÖV, Modernität und Urbanität gehören heute genauso dazu. Da reicht eine kleine Arealentwicklung am Pilatusplatz halt nicht wirklich. Gemäss verschiedenen Immobilienexperten gibt es in der Stadt Luzern derzeit genügend zusammenhängende Bürofläche. Dabei geht es nicht nur darum, dass Unternehmen heute lieber kaufen, statt mieten. Vielmehr zeigt sich auch, dass die zur Verfügung stehenden Flächen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechen. Heute will man halt nicht einfach nur zusammenhängende Bürofläche, sondern man muss auch noch CO₂-neutral, innovativ und modern sein, und da wird es eben schwierig, wenn man sich nicht frühzeitig richtig aufgestellt hat. Nach Meinung der GLP-Fraktion sind die Stadt Luzern, die Wirtschaftsförderung und der Kanton Luzern hier gefordert. Die GLP-Fraktion hat schon oft darauf hingewiesen, dass sie z. B. am Seetalplatz ein modernes Branding und Image vermisst; dort baut man eine Strasse, Überschwemmungsdämme und daneben noch kantonale Verwaltung. Die Fraktion hätte sich auch einen modernen Innovationscampus à la Surstoffi in Rotkreuz vorstellen können. Aber das ist halt nur möglich, wenn die Stadt Luzern, die Wirtschaftsförderung und der Kanton Luzern zusammen an einem Strick ziehen.

Letztlich darf aus Sicht der GLP-Fraktion auch die Branchenstruktur der Stadt Luzern nicht

vergessen werden. Die Zahl der wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätze ist in den vergangenen Jahren zwar gestiegen. Im Vergleich zu anderen Städten ist sie aber nach wie vor bescheiden. Doch es gibt auch Vorteile: Der eher provinzielle Branchenmix hat bei der Bewältigung der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise geholfen. Dennoch gibt es auch eine Schattenseite. Letztlich bleibt es doch eine Aufgabe der Stadt Luzern, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, ohne dabei aber zu interventionistisch zu werden. Wirkliche Schritte nach vorne sind aber nur möglich, wenn Stadt, Kanton und Wirtschaftsförderung zusammen am gleichen Strick ziehen, was aber noch ein langer Weg sein dürfte. Entscheidender ist wohl doch eher, ob ein gutverdienender CEO in der Stadt Luzern selber, in der Agglo oder gar in Zürich wohnt.

Cyrril Studer Korevaar: Die SP/JUSO-Fraktion nimmt die Antwort und insbesondere die Zahlen zum Arbeitsplatzwachstum erfreut zur Kenntnis. Diese sind eindrücklich, fand doch das Wachstum in den letzten Jahren in einem wirtschaftlich nicht sehr prospektiven Umfeld statt. Ganz im Sinn von „Kleinvieh macht auch Mist“ scheint die Stadt Luzern vor allem für die K's innerhalb der KMU's ein spannender und prosperierender Entwicklungsort zu sein. Stichworte hierzu: Workingspace im Neubad, weitere Co-Working-Formen, aber auch ähnliche Entwicklungspotenziale rund um die anstehende Industriestrasseerneuerung.

Damit die Entfaltung weitergehen kann, scheint man mit dem bestehenden Massnahmenplan eine wichtige Grundlage gefunden zu haben. So besticht etwa das aufgegleiste „Forum attraktive Innenstadt“ dadurch, dass sich möglichst viele Beteiligte und Betroffene den Zukunftsanforderungen stellen. Solch ein partizipatives Vorgehen wäre dringend auch beim Schlüsselareal Steghof gefragt und soll dort auch umgesetzt werden. Immerhin ist die Stadt Luzern mit der ewl AG direkt daran beteiligt. Weitere Gründe wurden bereits von Vorrednern genannt.

Der Sprechende will nicht auf jedes Detail eingehen, aber gerade angesichts des Parkierungskonzepts und auch der Cardiskussion darf man nicht vergessen: Neben der autofreien Bahnhofstrasse könnte natürlich auch ein carfreies Inseldie Verweildauer von Touristen, Konzertbesuchern usw. in der wunderschönen Stadt Luzern verlängern. Mit anderen Worten: Das ist Wirtschaftsförderung par excellence.

Nur noch ein Stichwort zu den öffentlichen Finanzen: Die ganze Wirtschaftsrealität steigt und fällt auch mit diesem Aspekt. Dass tiefe Steuern bloss ein Standortkriterium sind, sollte inzwischen allen bekannt sein. Ebenso wichtig sind eine lebenswerte Umgebung und qualitativ hochstehende staatliche Dienstleistungen. Nachdem die Bänkli damals knapp nicht dem stadteigenen Spareifer zum Opfer fielen, gilt es heute, die Sparsackgasse des Kantons vor den Stadtmauern abzuwehren. Die Zusammenarbeit mit den K5-Gemeinden, aber auch mit dem VLG scheint diesbezüglich zu funktionieren. Gerne hilft in den nächsten Wochen und Monaten auch die SP-Kantonsratsfraktion mit, Schlimmeres zu verhindern.

Sonja Döbeli Stirnemann: Christian Hochstrasser ist es egal, ob der Job in der Stadt Luzern oder in Rotkreuz ist. Der FDP-Fraktion ist das nicht egal, denn es beinhaltet doch immerhin eine Pendeldistanz, was im Hinblick auf die 2000-Watt-Gesellschaft einfach schlecht ist. Zudem ist es auch für die Wohnqualität sehr förderlich, wenn man nicht Zeit verliert mit Pendeln.

Zum Ausspielen von Grossen gegen Kleine: Z. B. ist MSD, eine der grössten Steuerzahlerinnen

in der Stadt Luzern, sehr wichtig für die Kleinen, nämlich als Kundin. Ein Grosser kann einen Kleinen auch befruchten, es ist nicht: gross gleich böse. Die Sprechende hat das ein bisschen so aufgefasst.

Wirtschaftsförderung ist sinnvoll, wenn sie zu den Unternehmen geht, denn die Unternehmen wollen angehört und ernst genommen werden. Sie wollen ihre Bedürfnisse akzentuieren und formulieren, und dass die Wirtschaftsförderung das aufnimmt, ist sehr wichtig. Das machen auch die anderen Kantone; der Kanton Zug macht es hervorragend. Deshalb muss das weitergeführt werden, sonst ist dann vielleicht einmal auch noch das letzte Unternehmen weg.

Zum Spital: Es ist natürlich auch eine Branche, aber diese ist primär über Steuergelder finanziert, und es sind politisch administrierte Preise dahinter und nicht der freie Markt, wie das z. B. beim Detailhandel der Fall ist.

Peter With: Es ist natürlich tatsächlich so, dass man vor allem dann über dieses Thema anfängt zu reden, wenn man in der Zeitung wieder liest, dass ein grosser Betrieb abgewandert ist, dass wieder ein paar Dutzend oder auch über hundert Arbeitsplätze in eine andere Gemeinde oder – noch schlimmer – sogar in einen anderen Kanton verschoben werden, wodurch neben den Arbeitsplätzen auch die Steuererträge verloren gehen, ausser eben man nehme sehr weite Pendelstrecken in Kauf, was aber sicher nicht sinnvoll ist, im Gegenteil: Man sollte möglichst nahe am Arbeitsplatz wohnen können. Ein grosses Problem, das man in diesem Zusammenhang immer wieder hört, vor allem dann, wenn grosse Firmen wegziehen, ist, dass grosse Büroflächen fehlen. Auf diesen Punkt hat die SVP-Fraktion schon vor vielen Jahren hingewiesen, und dann hiess es immer, man mache etwas. Aber da geht leider einfach zu wenig, und man müsste sich langfristige Überlegungen machen. Eine grosse Firma, die einmal aus Platzmangel aus der Stadt Luzern weggegangen ist, wird nie mehr retour kommen, und jemand anderes zu finden wird sehr schwierig.

Auf der anderen Seite ist das Kleingewerbe, das es in der Stadt Luzern tatsächlich auch noch gibt. Wo, allenfalls auch neue, Kleinunternehmen künftig Platz haben sollen – dem Sprechenden fällt spontan kein Ort ein, ausser vielleicht ein paar Ecken in der Grossmatte, aber dann ist auch Schluss. Man müsste schon auch schauen, wo diese künftig hin könnten, vor allem auch deshalb, weil immer noch ein gewisser Konflikt besteht mit dem Wohnen in der direkten Nachbarschaft sowie auch mit den Kosten. Wenn der Quadratmeterpreis irgendwann so hoch ist, dass ein Geschäft nicht mehr mit einem vergleichbaren Unternehmen in einer anderen Gemeinde konkurrenzieren kann, macht das auch keinen Sinn, und die Stadt Luzern wird das Kleingewerbe irgendwann ebenfalls komplett an die anderen Gemeinden verlieren.

Der Detailhandel schliesslich leidet stark unter der Verkehrssituation in der Stadt Luzern und hat Schwierigkeiten, sich zu entwickeln, und zwar trotz offenbar zusätzlicher Parkplätze, die aber natürlich nicht öffentlich sind, sondern allenfalls beim Bau von Mehrfamilienhäusern entstehen. Diese Parkplätze fehlen dem Detailhandel halt, und da ist einfach eine gewisse Entwicklung festzustellen. Wenn man sieht, dass auf der anderen Seite die Hauptboom-Branchen in der Stadt Luzern solche sind, die durch Steuergelder oder Prämieinnahmen quersubventioniert werden, ist das sicher nicht die optimale Entwicklung für die Stadt Luzern. Einzelne Branchen können natürlich durchaus auch profitieren. Wenn jemand geht, kommt oft jemand neues. Die Frage ist einfach, wie langfristig die Geschäfte hier in der Stadt Luzern

sind, und ob diese ein gleichwertiger Ersatz für die z. T. jahrzehntealten, alteingesessenen Unternehmen sind, die aufhören mussten, weil es einfach nicht mehr rentierte. Wenn man mit dem Verhältnis von Arbeitsplätzen und Wohnbevölkerung zufrieden ist, ist das sehr optimistisch. Angesichts des wenigen Raums, der für das Gewerbe und auch für den Verkehr eigentlich zur Verfügung steht, und der grossen Investitionen in den Wohnungsbau wird dieses Verhältnis längerfristig in ein Ungleichgewicht fallen, vor allem auch wenn man sieht, was in den nächsten zehn Jahren noch geplant ist. Der Sprechende findet es gut, dass man die Innenstadt jetzt angeht und versucht, sie zu entwickeln und Lösungen zu finden. Man darf aber nicht vergessen, dass auch in der Peripherie Entwicklungen gesucht werden müssen. Gerade auch im Zusammenhang mit der Fusion Luzern-Littau hat man sich da relativ viel versprochen von den zusätzlichen Gebieten. Dort weiss man vor allem, was sich im Bereich des Wohnens tut, vor allem rund um den Seetalplatz auf Luzerner Seite. Irgendwo in der Stadt Luzern müsste aber auch Platz geschaffen werden für Firmen, damit diese sich ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen können. Dadurch liesse sich ein gewisses Gleichgewicht erreichen, damit die Leute, die hier wohnen, auch hier arbeiten können und nicht in die umliegenden Gemeinden und Kantone pendeln müssen.

Joseph Schärli: Wenn jemand zur Wirtschaftsförderung ein Wort sagen kann, dann ist es der Sprechende, hat er doch im Littauerboden – und darauf ist er stolz – 850 Arbeitsplätze herangeschaffen, indem er Firmen ansiedelte, die Arbeitsplätze begründeten. Das hat der Gemeinde einen rechten Schub gegeben, nicht zuletzt auch im kulturellen Bereich, weil diese Leute nämlich ansässig und hier aktiv wurden. Ein super Beispiel für Wirtschaftsförderung sieht der Sprechende in Rothenburg: Was dort fertiggebracht wurde, muss zuerst jemand nachmachen. Es wurde eine gewaltige Energie in Anspruch genommen, um zu schaffen, was heute dasteht. An Christian Hochstrasser: Firmenpflege ist verdammt wichtig, diese Erfahrung hat der Sprechende gemacht. Er hatte eine internationale Firma in Littau, die weg wollte. Im Gespräch mit den Verantwortlichen konnte etwas bewirkt werden, sodass diese Firma – ein rechter Steuerzahler – noch heute hier ist. Heute ist es ja so geregelt: Die Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern hat in erster Linie den Auftrag, Firmen anzusiedeln. Die Gemeinden sollen hingegen Firmenpflege machen, das ist sehr wichtig. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern muss schaurig gepflegt werden, und dann kann man etwas bewirken.

Wer sagt, die Stadt Luzern habe zu wenig Land verfügbar, wo sie etwas machen könnte, sei daran erinnert, dass die Stadt im Littauerboden Land gekauft hat, das heute noch brachliegt. Dort könnte etwas angesiedelt werden. Der Sprechende möchte einfach in Erinnerung rufen, dass man dort etwas tun sollte, um Arbeitsplätze zu bekommen. Arbeitsplätze sind enorm wichtig: Lieber Arbeitsplätze, statt Arbeitslose.

Christian Hochstrasser ist gewissermassen begeistert von den Aussagen von Sonja Döbeli Stirnemann und Peter With: Wenn es um Pendeldistanzen und die 2000-Watt-Gesellschaft geht, lässt sich sicher eine gemeinsame Stossrichtung finden. Der Sprechende gibt ihnen in dieser Frage völlig Recht, aber entscheidend ist, dass die Arbeitsplätze in der Region sind (ob Rotkreuz noch zur Agglo gehört, ist Definitionssache). Gemäss dem Voranschlag 2017 stammen im Moment noch 16 % der Steuereinnahmen von juristischen Personen, der Rest stammt von natürlichen Personen. 16 % oder 47 Mio. Franken, das ist über den Daumen etwa das

Rohergebnis der letzten beiden erfolgreichen Jahre, d. h. etwa die Unschärfe des Budgets. Man muss sich fragen, ob das so wichtig ist aus steuerlicher Sicht. Aus Pendlersicht ist die Agglo wichtig, aber wo genau die Gemeindegrenze verläuft, ist vielleicht nicht der entscheidende Punkt.

Es ist überhaupt nicht das Interesse der G/JG-Fraktion, Grosse gegen Kleine auszuspielen. Selbstverständlich sind diese voneinander abhängig. Es braucht einen guten Mix. Die Fraktion hat sich nur gefragt: Was kann man machen, damit sie hierbleiben? Die grösseren, international tätigen Unternehmen bearbeiten natürlich einen anderen Markt, und da ist die G/JG-Fraktion wirklich der Meinung, dass die Wirkung der Wirtschaftsförderung z. T. bezweifelt werden muss. Selbstverständlich ist es wichtig, den Kontakt zu pflegen, aber ein grösseres Unternehmen fällt einen strategischen Entscheid – ein betriebswirtschaftliches Unternehmen sollte das auch unbedingt tun. Dass der persönliche Kontakt oder das „Per-Du-Sein“ mit dem Wirtschaftsförderer am Schluss entscheidend ist, bezweifelt die Fraktion. Der Sprechende weiss aber ehrlich gesagt nicht genau, wie es abläuft.

Noch etwas zum freien Markt an die Adresse von Sonja Döbeli Stirnemann: Entscheidend bei der Wertschöpfung ist ja nicht, ob der Arbeitsplatz öffentlich oder privat ist. Der Sprechende wäre der letzte, der sagen würde, staatliche Arbeitsplätze seien besser als private, aber leider ist es eben so, dass die privaten Arbeitsplätze, speziell im Detailhandel, eine deutlich tiefere Wertschöpfung bringen. Die Höhe der Wertschöpfung ist nicht das Mass, nach dem man sich immer richten muss, aber die Wertschöpfung ist das, was in den Umlauf geht und uns Wohlstand bringt. Ob es aus der Krankenkasse der einzelnen Personen gezahlt wird, wie bei den Gesundheitsberufen, oder direkt im freien Markt ausgegeben wird, ist nicht entscheidend für das Entstehen von Wertschöpfung.

Der Sprechende muss Peter With noch einmal Recht geben: Der Detailhandel leidet massiv, aber vor allem unter dem Onlineshopping und unter dem Einkaufstourismus. Da bietet es sich natürlich an, wieder einmal das Thema Parkplätze in die Runde zu werfen, aber wenn man sich wirklich in die Zahlen und Entwicklungen des Detailhandels vertieft, sieht man, dass die Gründe hauptsächlich an einem anderen Ort liegen.

Ivo Durrer: Es wurde jetzt viel über Fakten, Statistiken usw. gesprochen. Was für den Sprechenden bei der Wirtschaftsförderung aber noch ein ganz wichtiger Punkt ist, ist die Berücksichtigung des einheimischen Gewerbes, das hier Steuern zahlt. Ein Beispiel: Die Spenglerarbeit auf dem Friedhof Luzern wurde im freihändigen Verfahren an eine Zürcher Firma vergeben, die 300 Franken günstiger war als ein einheimischer Luzerner Unternehmer. Da fragt sich der Sprechende schon, ob das wirklich der richtige Weg ist, um die Wirtschaft in der Stadt Luzern zu stärken.

Sozialdirektor Martin Merki: Die Wirtschaftsförderung „bäschelet“ nicht und sie geht auch nicht die Klinken putzen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Luzern sitzt hier in diesem Saal: Peter Bucher. Der Sprechende sagt das, um klar zu machen, wie die Ressourcen verteilt sind. Man spricht jetzt über das Grossthema Wirtschaft, für das die Finanzdirektion zuständig ist. Es ist eine 80%-Stelle, die in erster Linie Beziehungspflege betreibt, da muss der Sprechende Joseph Schärli Recht geben. Die Wirtschaftsförderung schaut in engem Austausch mit den Firmen, dass gute Bedingungen bestehen, und dass für Anliegen und Wünsche in engem Dialog mit den Firmen gute Lösungen gefunden werden können. In diesem Sinn rennen die In-

terpellantinnen ein Stück weit offene Türen ein. Jene Firmen, die hier sind, holen auch wieder neue Firmen hierher – das ist auch Wirtschaftsförderung. Wenn eine grosse Firma kommt, die 2'000 m² braucht, ist diese Fläche unter Umständen zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht verfügbar in der Stadt Luzern, aber vielleicht im D4. Jeder Wegzug schmerzt den Stadtrat, und er kämpft im Rahmen seiner Möglichkeiten für den Erhalt jeder Firma, die hier in der Stadt Luzern ist.

Zur Branchenzusammensetzung: Die wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätze sollen schwerpunktmässig gefördert werden. Aber es besteht auch ein Interesse daran, dass es ein möglichst vielfältiges, breites, differenziertes Angebot ist. Die aktuellen Entwicklungen geben dem Stadtrat Recht.

Zur Arealentwicklung: Es heisst, die Stadt könnte A- und B-Lagen untereinander austauschen, und im Littauerboden habe die Stadt Luzern auch Land erworben für diesen Zweck. Eine Firma aus dem alten Stadtteil herausnehmen, ihr einen Ersatz im Littauerboden bieten und dafür am freigewordenen Standort eine wertschöpfungsintensive Firma ansiedeln, das ist ein sehr intensiver Prozess. Jules Gut ist aufgerufen, sich im Zusammenhang mit der Arealentwicklung dafür einzusetzen, dass die notwendigen Flächen für die Firmen vorhanden sind, damit das auch tatsächlich stattfindet. Die wichtigste Massnahme, um platzmässig mehr Entwicklungsmöglichkeiten zu haben, war die Fusion mit Littau. In diesem Sinn wäre eine weitere wichtige Massnahme natürlich weiter zu fusionieren, deshalb wurden auch Luzern Nord und das Zentrum am Seetalplatz erwähnt, wo – kantonal gesehen – jene Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden für eine umfassende Arealentwicklung, die sehr viele Bedürfnisse befriedigen kann.

Der Stadtrat hat mit Befriedigung die Zahlen des Arbeitsplatzwachstums der letzten Jahre zur Kenntnis genommen. Es sind in den letzten acht Jahren 8'000 zusätzliche Arbeitsplätze dazu gekommen. Im Moment gilt praktisch die Faustregel, dass es in der Stadt Luzern so viele Arbeitsplätze wie Einwohnerinnen und Einwohner gibt.

Das Steuerniveau der juristischen Personen wurde allgemein gesenkt, entsprechend ist natürlich der Anteil juristischer Personen am Steuersubstrat gesunken. Das Steuerwachstum bei den juristischen Personen ist aber grösser und stärker als der kantonale Durchschnitt. Das zeigt doch, dass die Stadt Luzern attraktiv ist für Firmen. Darauf darf man auch ein kleines bisschen stolz sein. Man muss nicht gleich einen Award erwarten oder von einem Arbeitsplatzwunder sprechen, aber die Stadt Luzern hat ein breites, vielfältiges und solides Wachstum.

Damit ist die Interpellation 332 erledigt.

**6. Interpellation 329, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 11. März 2016:
Ladenöffnungszeiten – Klare Regeln, klare Kontrolle**

Daniel Furrer gibt eine kurze Erklärung ab: Die ausführliche Antwort zeigt, dass sich der Stadtrat der Problematik bewusst ist. Ob und welche Erkenntnisse das externe Gutachten bringen wird, wird sich zeigen, und die Interpellanten sind gespannt. Sie werden sich auf jeden Fall auch weiterhin gegen eine schleichende Unterwanderung der aktuellen Gesetzgebung wehren.

Damit ist die Interpellation 329 erledigt.

**7. Interpellation 340, Simon Roth und Esther Burri namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. April 2016:
Investiert die städtische Pensionskasse in Rüstungsgüter?**

Simon Roth gibt eine kurze Erklärung ab: Inzwischen wurde eine Initiative zu diesem Thema eingereicht, deshalb wird der Rat einmal noch die Möglichkeit haben, intensiver darüber zu diskutieren. Grundsätzlich erwartet die SP/JUSO-Fraktion von der Stadt Luzern, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirkt, dass die Pensionskasse ihr Geld nach nachhaltigen und ethisch vertretbaren Anlagenstrategien verwaltet.

Damit ist die Interpellation 340 erledigt.

**8. Postulat 334, Simon Roth, Theres Vinatzer und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. März 2016:
Einführung Mietpreis-Strukturerhebung**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat stillschweigend und schreibt es gleichzeitig ab.

**9. Postulat 331, András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. März 2016:
Seebadi am linken Ufer**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

András Özvegyi ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Urs Zimmermann: In der Stadt Luzern gibt es ein paar Badis – Lido, Seebadi beim Palace, Ufshötti (nicht gerade eine Badi, aber eine öffentliche Badewiese), Tribschenbadi. Die SVP-Fraktion ist eigentlich ganz klar der Meinung, dass es in der Stadt Luzern keine weitere Badi braucht und vor allem auch nicht im Bereich der Ufshötti. Natürlich gibt es auch noch eine Badi in Littau, die Waldbadi Zimmeregg, wo bekanntlich Probleme bestehen. Die Fraktion sähe das Geld lieber dort investiert als in einem neuen Bad in der Stadt. Im Postulat wird ausgeführt, dass es in erster Priorität nur ein Steg und in zweiter Priorität ein Ausbau mit Umkleidekabinen und Gastronomie sein soll. Die SVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass das Pos-

tulat zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig ist, denn in der Gesamtplanung des Entwicklungsgebiets dort hinten wird das Anliegen bereits berücksichtigt. Aus diesem Grund **stellt die SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag.**

András Özvegyi ist gerade etwas verwirrt über den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion. Der Stadtrat will ja teilweise entgegennehmen, weil er keine Seebadi will, und die GLP-Fraktion ist ja eigentlich einverstanden. Es geht darum, das linke Ufer aufzuwerten und den Seeeingang zu verbessern. Also eigentlich ist die GLP-Fraktion gleicher Meinung, aber die SVP-Fraktion will es ganz abschliessen.

Die GLP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates grundsätzlich einverstanden, auch wenn einzelne Sätze noch diskussionswürdig sind. So ist die Fraktion der Meinung, dass eine Seebadi nicht viel Lärm und Verkehr verursacht, und die Tribschenbadi ist einfach nicht ganz in der Nähe und auch nicht ganz das Gleiche wie eine Seebadi. Aber nochmals, warum dieses Postulat? Es gibt verschiedene Gründe für die Einreichung:

Es gibt ein Sprichwort: „Tue Gutes und sprich darüber.“ Alle wissen, die Seebadi auf der rechten Uferseite ist etwas vom Schönsten, und deshalb dachte die GLP-Fraktion: „Habe Gutes und verdopple es.“ Man muss mit Vorstössen ja nicht immer nur Probleme suchen und lösen, sondern kann auch mal das Gute vermehren.

Der Sprechende möchte in Erinnerung rufen: Entstanden ist der Vorstoss in einer Zeit, als der Motorboothafen noch als Standort für die Salle Modulable im Gespräch war, folglich drohte eine Uferneugestaltung, und deshalb wollte die GLP-Fraktion das Bedürfnis nach einer Attraktivitätssteigerung der linken Seeuferseite anmelden.

Etwas Wichtiges wurde bereits erwähnt und steht so in der Antwort: Der Badeeingang ist nicht wirklich optimal. Gerade in der Nebensaison ist der Strand nicht gereinigt, dabei wollen viele Leute nicht nur in der Hauptsaison, sondern auch in der Nebensaison schwimmen gehen. Daher ist eine Steg-Lösung ein grosses Bedürfnis.

Früher, bis zirka 1995, war der Steg des nahen Motorboothafens eigentlich öffentlich und offen. Heute ist er leider mit einem Tor abgesperrt. Der Sprechende hat in seiner Jugend viel Zeit dort verbracht. Warum ist einer der schönsten Plätze im Sommer eigentlich so privat und geschlossen?

Das Gastroangebot am linken Ufer ist katastrophal bzw. inexistent. Manche Sonntagsspaziergänger verhungern fast, wenn sie vom Schönbühl in die Stadt spazieren. Auf der rechten Seite, so hat der Sprechende gerade gestern gelesen, wird das Tivoli-Restaurant wieder in den See hinaus gestellt. Es ist erstaunlich: Auf der rechten Seite gibt es etwa fünf oder sechs Fünfsternerrestaurants, und auf der anderen Seeseite gibt es einfach nichts. In der Umgebung des Motorboothafens mit der neuen Seeufergestaltung dürfte man sich aber schon auch etwas überlegen.

Kurz und gut: Der Sprechende würde sich über eine teilweise Überweisung freuen.

Laurin Murer: Die G/JG-Fraktion ist ein bisschen gespalten, auch wenn die GLP-Fraktion jetzt nicht ganz aufs Ganze geht. Es wollen alle, dass es in der Stadt Luzern gute Badegelegenheiten gibt. Je nach Person, Lebenslage und Wohnort ist „gut“ aber relativ. Persönlich geht der Sprechende am liebsten in der Ufeschöttli baden. Würde er auch im Winter baden gehen, hätte er auch kein Problem damit, dort schmutzige Füsse zu bekommen. Andere aus der G/JG-Fraktion bevorzugen die heutige Seebadi am rechten Ufer – so ist das je nach Person unter-

schiedlich. Mit der teilweisen Überweisung, damit ein Steg geprüft und das ganze Ufer angeschaut wird, sind aber wahrscheinlich alle Fraktionsmitglieder einverstanden.

Reto Kessler: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die gute Antwort. Diese Badi wäre ja eine nette Idee, aber auch einfach nur nice to have. Primär geht es den Postulanten um einen sauberen und sicheren Badeeinstieg, sekundär um Verpflegung, Sauna und Umkleideräume. Der Sprechende ist froh, dass das Sekundäre schon einmal mehr oder weniger wegfällt. Aus Sicht der Fraktion ist der Bedarf für eine neue Badi dort nicht gegeben. Mit der Tribschenbadi, die auch der Stadt Luzern gehört, der Ufschöttli, der Seebadi und dem Lido gibt es vier Badeanstalten rund um das Seebecken, die alle gut erreichbar sind – das genügt. Die FDP-Fraktion kann aber damit leben, dass geprüft wird, ob der Badeeinstieg sauberer und sicherer gemacht werden kann. Das wäre sogar sinnvoll. Gemäss seiner Antwort hat der Stadtrat das Thema in der Gesamtplanung 2017–2020 aufgegriffen, die FDP-Fraktion begrüsst das und findet eine teilweise Überweisung okay.

Nora Peduzzi: Die SP/JUSO-Fraktion hat das Postulat und die Stellungnahme des Stadtrates diskutiert. So verlockend eine Seebadi mit einer Sauna am linken Seeufer auch tönt, ist die Fraktion mit dem Stadtrat einig, dass es im Hinblick auf die Gesamtplanung des linken Seeufers zum jetzigen Zeitpunkt nicht Sinn macht. Eine Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion findet aber die teilweise Überweisung sinnvoll, da ein Badesteg sehr unkompliziert umsetzbar scheint und der Gesamtplanung nicht wirklich im Weg steht. Ein sauberer und sicherer Einstieg ins Wasser kommt einer sehr breiten Öffentlichkeit zugute, deshalb ist eine Mehrheit der Fraktion dafür. Eine Minderheit sieht aufgrund genügend anderer Möglichkeiten rund ums Luzerner Seebecken aber keinen Bedarf für einen Badesteg.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 331 teilweise.

**10. Interpellation 343, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 26. April 2016:
Vor- und Nachteile diverser Parameter bei Baurechtsverträgen**

**Korintha Bärtsch verlangt Diskussion.
Der Diskussion wird stattgegeben.**

Korintha Bärtsch dankt dem Stadtrat für die Antworten, die die Interpellanten aber leider nicht ganz glücklich stimmten. In zwei Punkten ist man sich aber vollkommen einig: Ja, man kann nicht alle Baurechtsverträge miteinander vergleichen. Ein unentgeltliches Baurecht, wie z. B. jenes auf der Allmend für die Sportarena und die Wohntürme, ist etwas ganz anderes als z. B. das Baurecht an der Industriestrasse. Die Interpellation und eigentlich auch die dazugehörige Motion beziehen sich aber explizit auf die Baurechtsfrage bei Baurechten an gemeinnützige Genossenschaften. Das macht die ganze Sache ein bisschen einfacher, denn Baurechtsverträge – da ist man sich auch einig – sind sehr komplexe Angelegenheiten. Schon

kleine Veränderungen der Rechte und Pflichten im Baurechtsvertrag haben monetäre Auswirkungen, so kann sich z. B. eine spezifische Heimfallregelung negativ oder positiv auf die Höhe des Baurechtszins auswirken. Und das Wichtigste, was die Erarbeitung der Verträge aber auch so schwierig macht: Die Interessen der Baurechtsgeberin und die Interessen der Baurechtsnehmerin sind im Grundsatz unterschiedlich. Mit dieser Interpellation wollten die Interpellanten dem Stadtrat die Möglichkeit geben, die verschiedenen Modelle und Vorgehensweisen von und bei Baurechtsverträgen differenziert zu erörtern, aber auch die Vor- und Nachteile für die Stadt Luzern aufzuzeigen. Die Antworten sind aber leider nicht so ausgefallen wie erhofft, und es bleiben einzelne Fragen offen und unbeantwortet. Es kommt aber klar heraus, dass der Stadtrat weiterhin im Einzelfall entscheiden will und auch in jedem Baurechtsvertrag den Zins individuell anpassen können will. Die Sprechende möchte deshalb noch einmal versuchen darzulegen, um was es in der eingereichten Motion, die heute aber nicht zusammen mit der Interpellation behandelt wird, geht, und was mit den Fragen eigentlich in Erfahrung gebracht werden sollte.

Bei jeder Grundstücksabgabe – sei es bei einem Verkauf oder bei einem Baurecht – wird ein Preis festgelegt, der sich eigentlich in jedem Fall am Marktpreis orientiert. Der Marktpreis wird eigentlich in jedem Fall als Referenz benutzt, und davon ausgehend kann man aus idealen oder eben auch aus politischen Gründen von den marktüblichen Bedingungen abweichen. Wie das beim Bericht zur städtischen Wohnraumpolitik II diskutiert wurde, kann und soll man – weil eben auch ein Volksauftrag zum Bau von mehr gemeinnützigen Wohnungen besteht – Baurechtsnehmer subventionieren und den Preis tiefer als der Marktpreis ansetzen. Und jetzt kommt, was die Motionäre wollen, nämlich Transparenz dieser Subventionen. So einfach ist das. Die Motionäre wollen wissen, wie sich die Subventionen zusammensetzen und wie hoch sie sind. Das muss man wissen, damit die Baugenossenschaften alle gleichbehandelt werden können. Der Stadtrat betont auch immer, die Voraussetzungen bei den einzelnen Arealen seien so komplex, dass sie aus städtebaulichen Gründen wegen der Einpassung in das bestehende Gebiet, wegen ökologischen Anforderungen usw. so schwierig zu überbauen sind, und man darum den Preis des Baurechts tiefer ansetzen muss – einmal so und einmal so, je nach Ausgangslage. Bauen auf den übriggebliebenen, nicht überbauten Arealen in der Stadt Luzern ist überall schwierig, sonst wären sie schon lange bebaut, das ist das Eine. Der springende Punkt ist aber, dass jede Genossenschaft eine eigene Motivation hat, auf einem bestimmten Areal zu bauen und auch bei einer Wettbewerbsvergabe mitzumachen. Die Motivation kann die bestehende Nutzung sein, so wie es an der Industriestrasse ist, eine attraktive Lage, oder dass die Genossenschaft in der Umgebung bereits einige Bauten besitzt und darum am Areal interessiert ist. Gerade dann finden die Interpellanten es falsch, wenn der Stadtrat in seiner Haltung im Vorherein mal hier und mal dort einen Abschlag aus diesen und jenen Gründen macht und so eigentlich schon viel zu viel vorweg nimmt. Die Genossenschaften sollen doch selber entscheiden, ob sie mit den Voraussetzungen des Areals umgehen können, und ob die Motivation genügend gross ist, um die Hürde zu bewältigen. Der Preis ist nicht das entscheidende Kriterium, das hat auch die Ausschreibung/Vergabe Eichwald gezeigt. Entscheidend ist eher, dass sich die Genossenschaften auf ein einheitliches und damit faires Verfahren und auf einen fairen Prozess verlassen können. Der Grosse Stadtrat hat im Moment eine sehr undankbare Rolle; entweder muss er die Ungleichbehandlung der Genossenschaften unterstützen oder er muss Projekte bremsen, einen Baurechtsvertrag zurückweisen und damit eine bestimmte Genossenschaft strafen. Das wollen die Interpellanten eben eigentlich nicht

und sie möchten eine mögliche Rückweisung auch verhindern, deshalb spielen sie einmal mehr den Ball dem Stadtrat zu und hoffen, dass seine Bereitschaft zur Diskussion über die Ausgestaltung eines einheitlichen Baurechtsvertrags noch kommt. Man ist auch gespannt auf die Beratung der Motion.

Rieska Dommann: Das Kernanliegen der Interpellanten, Korintha Bärtsch hat es erwähnt, ist in der Motion 342 „Erarbeitung eines Luzerner Modells für Baurechtsverträge“ enthalten. Für die zukünftigen Baurechtsverträge sollen klare Rahmenbedingungen festgelegt werden. Die Irritationen im Zusammenhang mit der Vergabe des Baurechts für das Areal Industriestrasse zeigen, dass offenbar auch der vorgelagerte Prozess der Ausschreibung und der Vergabe den Ansprüchen an ein faires und transparentes Verfahren noch nicht genügt.

Aus der Antwort zur Interpellation geht eindeutig hervor, dass sowohl das Basler als auch das Zürcher Modell nicht überzeugen. Verträge über eine derart lange Dauer – in der Regel über mehrere Generationen – beinhalten viele unberechenbare und unvorhersehbare Faktoren. Das in der Antwort zur Interpellation erwähnte Baurecht in der Tribsenstadt zeigt, dass man bereits nach wenigen Jahren mit völlig veränderten Rahmenbedingungen konfrontiert sein kann. Und das Beispiel zeigt auch, dass offensichtlich weder das Basler noch das Zürcher Modell für beide Seiten interessant ist. Wäre damals eine Einmalzahlung wie jüngst an der Industriestrasse vereinbart worden, müsste man heute wohl feststellen, dass die damalige Einmalzahlung viel zu tief festgelegt wurde.

Baurechtsverträge sollen nach dem Verständnis der Interpellanten fair sein für beide Vertragsparteien und sie sollen soweit wie möglich berechenbar sein, ebenfalls für beide Seiten. Die Interpellanten erwarten, dass die Stadt Luzern bei zukünftigen Baurechtsverträgen an den steigenden Bodenpreisen partizipieren kann. Vor diesem Hintergrund ist das Zürcher Modell keine Option. Die Antwort des Stadtrates auf die Motion 342 wird mit Spannung erwartet.

Nico van der Heiden war als Vertreter der SP/JUSO-Fraktion auch nicht so glücklich über die Antwort des Stadtrates. Die Interpellation wurde ja wirklich eingereicht in der Hoffnung, dass man dann die Grundlagen hätte, um in der Fraktion und auch zwischen den Fraktionen zu diskutieren, ob man eine grössere Einheitlichkeit bei den Baurechtsverträgen will und wenn ja, in welche Richtung das gehen soll. Hierzu wäre der Input des Stadtrates wichtig gewesen. Der Sprechende hat das Gefühl, die Chance wurde verpasst resp. es bleiben viele Fragen offen, und vielleicht kann die Baudirektorin ja jetzt mündlich noch etwas dazu sagen, wie die Einschätzung des Stadtrates zu den verschiedenen Modellen ist. Zumindest in der Interpellationsantwort findet der Sprechende noch zu wenig klare Aussagen.

Eigentlich wäre es schön, diese Diskussion dann bei der gleichlautenden Motion zusammen mit dem Stadtrat zu führen. Es wäre nicht zielführend, dem Stadtrat ein Modell aufzuzwingen, das er selber gar nicht will, aber im Moment steht die Befürchtung im Raum, dass es darauf hinauslaufen könnte. In der SP/JUSO-Fraktion ist sicher der Wunsch nach einer grösseren Einheitlichkeit von Baurechtsverträgen vorhanden, und dabei müssen die Interessen der Baurechtsnehmer, aber auch des Baurechtsgebers, also der Stadt Luzern, gleichermassen berücksichtigt werden. Der Sprechende hat bei der eher mässigen Antwort auf diese Interpellation das Gefühl, der Stadtrat wolle weiterhin – und das schreibt er ja explizit so – „von Fall zu Fall entscheiden“, und das eigentlich bezüglich allen Parametern, also: welches Modell bezüglich

Zahlung des Baurechtszins, bezüglich Anpassung des Baurechtszins, bezüglich der erwähnten Subventionen und auch bezüglich der Frage, welche Kriterien bei der Ausschreibung von städtischen Arealen wie gewichtet werden. Dem Sprechenden scheint es wirklich nicht zielführend, jedes Mal irgendetwas anders zu machen. Gerade für die Baugenossenschaften wäre es sicher hilfreich, wenn sie wüssten, welche Regeln bei Baurechten in der Stadt Luzern immer gelten und welche allenfalls flexibel von Fall zu Fall geändert werden können. Die Motionäre wollen ja keinesfalls, dass alles immer fix genau gleich ist, aber sie möchten gern mit dem Stadtrat diskutieren, was immer fix und was vielleicht jeweils verhandelbar ist. Darum bleibt dem Sprechenden noch der Wunsch, dass sich der Stadtrat dann bei der Beantwortung der Motion zu dieser Thematik doch noch klarer positioniert. Nach Anhören der beiden Vorredner scheint dem Sprechenden, der Wunsch nach grösserer Einheitlichkeit ist in diesem Parlament mehrheitsfähig. Der Stadtrat ist gebeten, diesen Wunsch aufzunehmen. Wie genau die grössere Einheitlichkeit sein soll, wird im Rahmen der Motion noch zu diskutieren sein.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für das Feedback und den damit verbundenen Auftrag zur Motion. Zur Motion kann die Sprechende im Moment keine Stellung nehmen. Sie sieht in der Interpellation einen vorbereitenden Vorstoss, mit dem geschaut wird, was der Stadtrat im Hinblick auf die Motion dazu sagt. Es ist so: In der Stadt Luzern herrschte die Tradition, dass von Fall zu Fall beurteilt wurde. Das wurde auch für richtig befunden, weil vieles einfach nicht vergleichbar ist, und man in den Verhandlungen Flexibilität wollte. Selbstverständlich werden im Hinblick auf die Beantwortung der Motion die verschiedenen Punkte, die jetzt erwähnt wurden, intern reflektiert. Über das Vorgehen bzw. darüber, welche Regeln allenfalls fix sind, muss es Transparenz geben. Der Stadtrat wird zur Motion eine entsprechende Haltung definieren. Es ist klar, dass man am liebsten ein Luzerner Modell hätte, das eins zu eins angewendet werden könnte. Aber da die Areale wirklich sehr unterschiedlich und z. T. „belastet“ sind – vielleicht auch mit denkmalgeschützten Bauten oder mit einer verkehrlich schwierigen Erschliessung –, müsste man sich überlegen, wie all diese Faktoren in einem sogenannten Luzerner Modell zu berücksichtigen wären. Es gibt sicher sehr viele Punkte, die einer genaueren Betrachtung bedürfen, und der Stadtrat wird die Motion in nächster Zeit entsprechend behandeln. Die Sprechende hat auch nichts dagegen, z. B. die Baukommission über diese Reflexionen zu informieren.

Damit ist die Interpellation 343 erledigt.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher erkundigt sich, ob vor der Behandlung der Dringlichen Interpellation 10 eine kurze Pause gewünscht ist, damit sich die Fraktionen besprechen können, und stellt fest, dass keine Pause verlangt wird.

– **Dringliche Interpellation 10, Simon Roth und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016: „Auswirkungen des kantonalen ‚Konsolidierungsprogramms‘ auf die Finanzen und Leistungen der Stadt Luzern“**

Simon Roth beantragt Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die rasche Beantwortung der Interpellation. Es ist der Fraktion bewusst, dass das nicht ganz einfach war und natürlich auch noch nicht vollständig sein kann, weil ganz viele Faktoren heute noch nicht klar sind. Inzwischen ist die kantonale Finanzpolitik zum grössten Unsicherheitsfaktor für kommunale Budgets geworden. Praktisch von einem Tag auf den anderen werden erhebliche Kosten auf die Gemeinden abgewälzt. Die vorgeschlagenen Abwälzungen sind in der Regel entweder nicht nachvollziehbar oder unlogisch und manchmal – man muss es so sagen – auch frech. So beispielsweise, wenn der Unterhalt der Gemeindestrassen neu vollständig von den Gemeinden finanziert werden soll, gleichzeitig aber deren Anteil an der LSVA gestrichen wird. Einige Massnahmen widersprechen auch früher beschlossenen Strategien des Kantonrates, so z. B. im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Ein Beispiel für die Unzuverlässigkeit des Kantons Luzern ist die Reduktion der Beiträge an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe. Damit wird die zwischen Stadt und Kanton ausgearbeitete Kulturstrategie bereits nach wenigen Jahren wieder in Frage gestellt.

Auch die angekündigten Entlastungen für die Stadt Luzern sind fragwürdig: So führt beispielsweise die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung – ein anderes Wort für Lohnkürzungen – vor allem dazu, dass die Attraktivität von Stadt und Kanton Luzern als Arbeitgeber weiter gesenkt wird.

Einfach gesagt: Ob Belastung oder Entlastung – praktisch sämtliche vorgeschlagenen Massnahmen widersprechen einer zukunftsgerichteten Politik. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst deshalb, dass sich der Stadtrat mit den anderen Gemeinden auf eine gemeinsame Strategie geeinigt hat. Dass jetzt immer damit argumentiert wird, dass der Kanton Luzern seine Probleme nicht einfach auf die Gemeinden abwälzen kann, sondern selber lösen muss, ist grundsätzlich richtig. Wenn man aber bedenkt, dass viele Gemeinderäte auch Kantonsräte sind und als solche die verunglückte Finanzstrategie mittragen und mitverantworten, mutet deren Aufschrei z. T. doch etwas schizophren an.

Schlussendlich wird der Kanton Luzern seine Finanzprobleme nur mit Mehreinnahmen in den Griff bekommen. Und dies – nach Meinung des Sprechenden – kann nur mit einer Änderung des Steuergesetzes, nicht aber mit einer Erhöhung des Steuerfusses passieren.

Franziska Bitzi Staub hätte nie für möglich gehalten, einen so grossen gemeinsamen Nenner mit dem Votum der SP/JUSO-Fraktion zu haben, aber ganz viele Stichworte finden sich auch auf ihren Notizen. Zuerst möchte die Sprechende sich bedanken für den Vorstoss und auch für die sehr gute informative Antwort des Stadtrates. Man erhält hier wirklich Transparenz über die einzelnen Auswirkungen und Folgen. Die Haltung der Sprechenden und der Mehrheit der CVP-Fraktion deckt sich mit der Haltung des Stadtrates. Das Problem wurde erwähnt: Mit diesen Massnahmen verliert man z. T. sogar die Strategie aus den Augen, d. h., man ge-

fährdet eigentlich die Erfolgsfaktoren des Kantons Luzern, so z. B. beim ÖV, wo völlig falsche Anreize gesetzt werden, oder auch bei der Energiewende; wenn man die Bundesgelder nicht mehr abholt, weil man die kantonalen Beiträge kürzt, hat das einfach negative Folgen für strategische Ziele, die man sich gesetzt hat. Darunter leidet leider auch die Attraktivität der Stadt Luzern. Ein paar Stichworte: Die verschiedenen Massnahmen, die die sozialen Einrichtungen betreffen (SEG-Institutionen); das Luzerner Sinfonieorchester wehrt sich jetzt sogar; die Unterrichtsverpflichtung und Musikschulbeiträge in der Bildung usw. Die Leistungen für die Bevölkerung nehmen ab. Das Problem ist einfach, dass die Stadt Luzern nicht die Möglichkeit hat, das von sich aus allein zu kompensieren. Sie kann bei diesen Verbundaufgaben ja nicht einfach die Beträge des Kantons übernehmen und ist trotzdem einfach negativ betroffen von diesen Beschlüssen. Ein verlässlicher Partner in Finanzfragen ist der Kanton Luzern leider schon seit ein paar Jahren nicht mehr, und mit dem KP17 stellt sich wirklich die Frage, ob er überhaupt noch ein Partner ist. Zumindest das Vorgehen und die Erarbeitung waren nicht partnerschaftlich. Man kann jetzt eigentlich nur den Kantonsrat ermutigen, da einzuschreiten. Ein positives Zeichen ist zumindest mal, dass die K5-Gemeinden und der VLG eigentlich zu den gleichen Schlüssen kommen und damit die Forderungen zur Korrektur gebündelt sind. Die Idee eines Referendums ist ja ein Novum, und damit besteht noch ein bisschen Hoffnung, dass der Kanton sein eigenes Finanzproblem vielleicht auch selber löst.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP-Fraktion hat unisono die gleiche Meinung und findet es auch gut, dass der Stadtrat das Gemeindereferendum unterstützt. Der Kanton soll seine Aufgaben selber machen. Der Grosse Stadtrat hat letztes Jahr händeringend ein Sparbudget erstellt, er hat überall geschaut, wo man sparen kann, und seinen Haushalt ins Lot gebracht. Die Sprechende erwartet auch vom Kanton Luzern, dass er das selber macht und nicht einfach Wachstumsfaktoren, die in Zukunft steigen werden, wie z. B. die Sozialhilfedossiers oder die Kosten für EL, auf die Gemeinden „abschüfelet“. Das geht einfach nicht. Der Stadtrat hat es sehr schön beantwortet und gesagt: „Die kantonalen Finanzprobleme muss der Kanton aber primär selber lösen.“ Dem schliesst sich die FDP-Fraktion an.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion dankt ebenfalls für die Interpellation und stellt natürlich fest, dass sie mehr oder weniger jener Interpellation entspricht, welche die G/JG-Fraktion letzten Frühling eingereicht hat, und die der Rat am 30. Juni noch behandelt hat, als man noch nicht so viel über das KP17 wusste, aber immerhin schon, wo sich die Wolken anbahnen. Die SP/JUSO-Fraktion fragt nun nach – die Arbeitsteilung ist soweit gut. Jetzt, wo man etwas mehr weiss, ist es wirklich dringend nachzufragen. Damals wusste man noch nicht recht, wie die Zahlen kommen, man konnte aber bereits sehen, dass etwas auf die Stadt Luzern zukommen würde. Die Mehrbelastung, die durch das KP17 für die Stadt Luzern entsteht, ist sicher ein Problem, aber noch fast entscheidender ist die Art und Weise, wie das passiert: über die Köpfe der Gemeinden hinweg. Diese Art und Weise kann man als arrogant, frech oder wie auch immer betiteln, wie die Vorrednerinnen und Vorredner es z. T. gemacht haben. Ein bisschen muss sich die Stadt Luzern aber schon davor hüten, den Ball einfach dem Kanton Luzern zuzuspielen und zu sagen, die sollen jetzt selber schauen. Der Stadtrat schreibt, es widerspreche den materiellen Intentionen der Stadt Luzern, und es werde unreflektiert über die Sachlage hinweggeblickt und nur die Finanzen im Auge behalten. Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist genau das Gleiche zumindest in den letzten Jahren mehrmals auch bei den Spar-

paketen der Stadt Luzern passiert. Da wurde nicht über die Inhalte gesprochen, sondern – der Sprechende zitiert die Vorrednerin: „überall geschaut, wo man sparen kann“. Es ging wirklich auch nur ums Geld. So viel besser als der Kanton Luzern ist die Stadt Luzern vielleicht eben auch nicht.

Der Sprechende möchte ein paar Punkte betonen, u. a. auch die bereits angesprochene Geschichte mit dem Zweckverband. Dort stellt sich schon die Frage, was das jetzt eigentlich bedeutet. Die Kürzung der Beiträge ist jetzt auch noch leicht verbunden mit der Ablehnung der Salle Modulable. Die G/JG-Fraktion warnt davor, die Interpretation des Entscheids des Kantonsrates so vorwegzunehmen, dass es heisst, es sei weniger dringend ein Theater zu bauen, das wäre fatal. Wenn der Kanton Luzern jetzt die Beiträge kürzt, ist das mindestens ein Wortbruch, wenn nicht sogar ein Strategiebruch, den man sicher sehr kritisch angehen muss, und zwar ebenfalls in den Bereichen öffentlicher Verkehr und Energiepolitik.

Bei den Strassen und dem Ausfall der Finanzierung der LSVA-Anteile ist es vielleicht einen kurzen Querverweis wert für jene Kreise, die immer sagen, die Strassen seien massiv überfinanziert. Auf Gemeindeebene ist es eben wirklich so, dass direkt Steuergelder für die Strassen eingesetzt werden, jetzt dann allenfalls noch mehr als bisher.

Bei der Musikschule (Frage 7) werden erneut Beiträge gekürzt, was am Schluss dazu führt, dass die Musikschule weniger attraktiv und teurer wird. Die Stadt Luzern hat bereits mehrmals die Beiträge der Eltern erhöht. Für die Musikschule bedeutet das folgendes Fazit, wie sich auch schon in den vergangenen Jahren gezeigt hat: Es gehen einfach immer weniger Kinder in die Musikschule.

Schlussendlich bleibt der G/JG-Fraktion übrig, den Stadtrat weiter zu ermutigen, kritisch gegen den Kanton Luzern zu argumentieren und auch das Referendum, falls sich das im Kantonsrat nicht ändert, auf jeden Fall zu unterstützen.

Sozialdirektor Martin Merki: Der Sparhammer des Kantons Luzern trifft alle Gemeinden hart, auch die Stadt Luzern, die – wie alle anderen Gemeinden – in den letzten Jahren die Hausaufgaben gemacht hat. Sie hat die Steuern erhöht und ein Sparprogramm durchgezogen wie andere Gemeinden auch. Sie konnte die Verschuldung reduzieren, aber nicht im gleichen Ausmass wie der Kanton Luzern. Das ist der Grund, warum die Gemeinden – vor allem auch die K5-Gemeinden – sagen: Es geht nicht, dass der Kanton Luzern jetzt einfach Kosten überwälzt. Das ist nur das Kopfwieh von einer Staatsebene auf die nächsttiefere Staatsebene verschoben. Die Gemeinden stehen nämlich nicht so gesund da, wie es auf den ersten Blick aussieht (das gilt auch für die Stadt Luzern); sie konnten in den letzten Jahren nicht im gleichen Ausmass wie der Kanton die Schulden reduzieren. Die Gemeinden und der Kanton haben in den letzten Jahren, von 2008 bis 2015, im gleichen Ausmass von den Steuereinnahmen profitiert. Der Kanton Luzern hat ein Problem von 2016 bis 2019. Wenn die Unternehmenssteuerreform III kommt, wird sich die Situation für den Kanton Luzern entschärfen, weil auch die Problematik mit den NFA-Geldern anders aussehen wird. Wenn die Stadt Luzern unter dem KP17 jährlich mit zwischen 3 und 16 Mio. Franken (netto betrachtet) zusätzlich zur Kasse gebeten wird, wird ihre im Moment stabile Finanzsituation in Frage gestellt; sie wird bestraft für ihre Sparanstrengungen. Es sind vor allem grosse Posten, teilweise mit Wachstumspotenzial: EL, Sozialhilfedossiers (die Sozialhilfedossiers von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen fallen statt nach zehn Jahren bereits nach acht Jahren in die Zuständigkeit der Gemeinden). Das sind grosse Posten mit einem grossen Wachstumspotenzial, und der Kanton

Luzern – das ist die Erfahrung der letzten Jahre – hat Sachen mit Wachstumspotenzial sehr gern einen Stock tiefer gegeben, so z. B. auch die Pflegefinanzierung. Solche Verschiebungen durch den Kanton Luzern sind keine Lösung, deshalb hat der Stadtrat das Gemeindereferendum in Aussicht genommen – von der Gemeindeordnung her kann er es machen. In letzter Zeit steht die Stadt Luzern auch in sehr intensivem Kontakt mit dem VLG; im Moment ist sie fast wieder ein Halbmitglied. Der VLG hat einen sehr guten Job gemacht, er hat nämlich eine Auswahl getroffen. Eine Massnahme hat eine grosse Bedeutung für die Gemeinden, nämlich die Regionalisierung der Zivilstandsämter – das würde die Stadt Luzern auch treffen. Die Gemeinden wollten das aber nicht wegen der Gemeindeautonomie. Die anderen drei Massnahmen sind einfach sehr gross und einschneidend. Der VLG hat sich auf vier Massnahmen beschränkt. Die Stadt Luzern würde also auch, genau gleich wie ein Grossteil der anderen Gemeinden (zur Ergreifung des Referendums braucht es 21 Gemeinden), mitmachen. Bei der Präsentation zeigte der Kanton Luzern mit einem Kuchendiagramm wie mit Camembert-Stücken auf, wie stark die einzelnen getroffen werden: Die Gemeinden trifft es „nur“ mit 12 %, was 20 bis 30 Mio. Franken (von 300 Mio. Franken) entspricht. Aber – diese Zahl ist auch enthalten, und deshalb ist der Sprechende auch froh um den VLG – es sind 156 Mio. Franken Lastenverschiebungen, die die Gemeinden überall irgendwo treffen, z. B. bei den Musikschulbeiträgen. Die Stadt Luzern weiss gar noch nicht, wie sie mit den einzelnen Sparvorschlägen oder -posten des Kantons Luzern umgehen soll. Genannt wurde auch schon der Zweckverband für Grosse Kulturbetriebe: Von den 1,7 Mio. Franken, kumuliert, wird die Stadt Luzern auch sehr hart getroffen; das würde den Kulturstandort schwächen – einmal mehr, denn bereits schon mit Leistungen und Strukturen I des Kantons Luzern wurde die Stadt hart getroffen. Die 300'000 Franken liessen sich zwar noch einigermaßen auffangen, aber jetzt wird es noch einmal sehr viel stärker. Da würde der Kanton Luzern das Problem eindeutig an die Stadt Luzern delegieren. Damit würde der Kanton Luzern auch den Kulturkompromiss in Frage stellen. Die Auswirkungen des Sparpakets KP17 konnten noch nicht detailliert dargestellt werden. Der Stadtrat bleibt am Ball. Gestern Mittag hat er mit den Kantonsräten gesprochen. Vorletzten Montag hat er die Studie K5 den Medien vorgestellt, er hat sie auch den relevanten Kommissionen im Kantonsrat und dem VLG zugestellt. Es wurde also volle Transparenz hergestellt, und der Stadtrat steht in engem Kontakt mit dem VLG. Der Stadtrat ist einer Meinung und versucht natürlich zu erreichen, dass möglichst wenig an die Gemeinden verschoben wird, und dass es keine reinen Kostenverschiebungen zu Ungunsten der Gemeinden gibt.

Damit ist die Dringliche Interpellation 10 erledigt.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Die nächste Sitzung findet am 10. November am Nachmittag statt. Die Sprechende wünscht bis dahin eine gute Zeit.

Schluss der Sitzung: 17.20 Uhr

Luzern, 24. November 2016

Die Protokollführerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Isabelle Ryf', with a stylized, cursive script.

Isabelle Ryf

Eingesehen von:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Daniel Egli', with a stylized, cursive script.

Daniel Egli, Stadtschreiber-Stv.